

TERMINES

Gesetzgebungsverfahren

Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

- zustimmungspflichtig -

- COVID-19-Tests symptomunabhängig Bestandteil des Leistungskatalogs der GKV, auch Tests des ÖGD über die GKV abrechenbar
- Verordnungsermächtigung BMG – Verpflichtung GKV zur Übernahme von Tests auch ohne COVID-19-Symptome
- Krankenhaus: ab 2021 bundeseinheitlich festgelegte quartalsbezogene Abrechnungsprüfquote von bis zu 12,5 %
- Einführung des Prüfquotensystems um ein Jahr auf das Jahr 2022 verschoben
- Bund übernimmt Kosten für europäische Intensivpatienten in deutschen Krankenhäusern
- Aussetzung Verpflichtungen der Kassen für Präventionsmaßnahmen für 2020
- Rechtsgrundlage für Pilotprojekte zu elektronischen Verordnungen von digitalen Gesundheitsanwendungen
- Rückkehrrecht privat Krankenversicherter im Basistarif in vorherigen Versicherungstarif

29.04.2020	Kabinettsbeschluss
20.04.2020	Formulierungshilfe für die Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit zum Schutz der Versorgungsstrukturen im Bereich der zahnärztlichen Versorgung, Heilmittelversorgung, Mutter-/Vater-Kind-Leistungen und der Pflegehilfsmittelversorgung vor Gefährdungen infolge wirtschaftlicher Auswirkungen der SARS-CoV-2-Epidemie (SARS-CoV-2-Versorgungsstrukturen-Schutzverordnung)

- Auszuzahlende Gesamtvergütung Zahnärzte für 2020 auf 90 % des Niveaus 2019 festgeschrieben – Eine Überzahlung in der Schlussabrechnung 2020 verbleibt zu 30 % bei KZVen
- Einmalige Ausgleichszahlung Leistungserbringer Heilmittel für drei Monate (40 % der Vergütung im Q4/2019 – Gegenfinanzierung Bund)
- Erstattung 60 % Einnahmeausfälle für Einrichtungen Mutter-Vater-Kind-Kuren – Finanzierung aus der Liquiditätsreserve
- Befristete Erhöhung der Monatspauschale für zum Verbrauch bestimmter Pflegehilfsmittel

am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
16.04.2020	Referentenentwurf

Verordnung zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Produkten des medizinischen Bedarfs bei der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Epidemie (Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung – MedBVSV)

- Beschaffung von Produkten des medizinischen Bedarfs durch Stellen des Bundes (hierdurch soll zentrale Verteilung und damit bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Produkten des medizinischen Bedarfs sichergestellt werden), konkrete Maßnahmen/Beschaffungen bisher nicht bekannt
- Ausnahmen von gesetzlichen Vorschriften, um schnellen Zugang zu benötigten Arzneimitteln und persönlicher Schutzausrüstung zu gewährleisten
- Insbesondere auch Ausnahmemöglichkeiten im Arzneimittelrecht, um zügige Entwicklung neuer Arzneimittel zur Vorbeugung und Behandlung der Erkrankung COVID-19 zu ermöglichen
- Anpassung im Transfusionsgesetz in Verbindung mit der Richtlinie Hämotherapie („Anpassung“ der Anforderungen an die Blutspende), Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Blut, Blutbestandteilen und Blutprodukten

06.04.2020	Referentenentwurf
------------	-------------------

Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit zu Abweichungen von den Vorschriften des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), des Apothekengesetzes (ApoG), der Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO), der Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV), der Arzneimittelverschreibungsverordnung (AMVV), des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) und der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) infolge der SARS-CoV-2-Epidemie (SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung)

- Einführung von Zuschlägen in Höhe von 5 Euro in der AMPreisV, die von Apotheken bei der Abgabe von Arzneimitteln im Botendienst pro Lieferort erhoben werden können
- Apotheken können eine von den Krankenkassen zur Verfügung gestellte Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro zur Förderung der Botendienste erheben
- Apotheken erhalten erweiterte Austauschrechte, wenn verordnetes Arzneimittel nicht vorrätig ist (keine Retaxation der Kassen)
- Vorschriften zum Entlassmanagement der Krankenhäuser werden für Verordnung von Arzneimitteln erweitert (Verordnung bis zu 14 Tage, größte Packungsgröße), auch AU-Bescheinigungen für 14 Tage möglich
- Produkte des medizinischen Bedarfs sollen befristet einer Marktüberwachung des BMG unterliegen. Die Hersteller werden verpflichtet, dem BMG jederzeit Auskünfte über die Bestände, die Produktion, den Vertrieb und die Preise der Produkte zu erteilen.
- Hersteller erhalten den Auftrag, den Handel mit überwachten Produkten einzuschränken oder Verbote zu erlassen, Produkte des medizinischen Bedarfs zu verkaufen, soweit dies zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung erforderlich ist.

mit Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Bundestag, spätestens jedoch am 30.09.2020	Außenkrafttreten
22.04.2020	Inkrafttreten
06.04.2020	Referentenentwurf

Verordnung zur Beschaffung von Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung bei der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Epidemie

- Abgabe medizinischer Produkte nur an medizinisches Personal – nicht an andere Personen im freien Markt

10.04.2020	Inkrafttreten
07.04.2020	Referentenentwurf

Verordnung zur Aufrechterhaltung und Sicherung intensivmedizinischer Krankenhauskapazitäten (DIVI IntensivRegister-Verordnung)

- Tägliche Meldepflicht für Krankenhäuser über freie Intensivbetten an das DIVI-IntensivRegister

10.04.2020	Inkrafttreten
03.04.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen
(COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz)**

- zustimmungsfrei -

- Finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser durch Reduzierung der quartalsweisen Abrechnungsquote von 12,5 % auf 5 %, bei der Anschaffung von Schutzausrüstung, bei der Verschiebung planbarer Operationen, verkürzte Zahlungsfrist der Krankenkassen bei Rechnungslegung, Bonuszahlung i. H. v. 50.000 Euro für jedes zusätzlich geschaffene Intensivbett im Krankenhaus
- Ausgleichszahlungen für niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten, die im Rahmen der Pandemie Umsatzminderungen von mehr als 10 % verzeichnen
- Erstattung von Kosten für außerordentliche Maßnahmen im ambulanten Bereich (z. B. Betrieb von Schwerpunktambulanzen)
- Bis 30.09.2020 befristete Veränderungen in der Sozialen Pflegeversicherung, u. a. keine persönliche Pflegebegutachtung, Aussetzung Qualitätsprüfung in Pflegeheimen, Veränderung Bearbeitungsfrist Pflegeantrag
- Übernahme durch die Pandemie verursachter außerordentlicher Aufwendungen und Mindereinnahmen der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste

28.03.2020	Inkrafttreten
27.03.2020	Abschluss Bundesrat
25.03.2020	1./2./3. Lesung Bundestag
23.03.2020	Kabinettsbeschluss: Formulierungshilfen für die Koalitionsfraktionen

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

- zustimmungspflichtig -

- Maßnahmen zur Sicherstellung der Grundversorgung mit Arzneimitteln, Schutzausrüstung und Labordiagnostik
- Flexibilisierung von Vorschriften in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen

28.03.2020	Inkrafttreten
27.03.2020	Abschluss Bundesrat
25.03.2020	1./2./3. Lesung Bundestag
23.03.2020	Kabinettsbeschluss: Formulierungshilfen für die Koalitionsfraktionen

Gesetz zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur

(Patientendaten-Schutz-Gesetz – PDSG)

- zustimmungsfrei -

- Weiterentwicklung der elektronischen Patientenakte (ePA) in mehreren Ausbaustufen bis 2023
- Unterstützung der Versicherten bei der Führung ihrer ePA durch klar geregelte Ansprüche gegenüber Leistungserbringern und Krankenkassen
- Detailliertes Zugriffskonzept für Versicherte auf die ePA über geeignete Endgeräte ab 01.01.2022
- Vorgabe für Zugriffskonzept in Arztpraxen, Krankenhäusern und Apotheken für Versicherte ohne Endgerät
- Freiwillige Datenspende von Versicherten für die Forschung ab 2023
- Elektronische Verordnung verschreibungspflichtiger Arzneimitteln in der Telematikinfrastruktur (TI) verpflichtend ab 01.01.2022
- Weitere Vorgaben der TI u. a. für e-Rezept, Grünes Rezept, digitalen Überweisungsschein
- Sicherstellung semantischer Interoperabilität von medizinischen Daten

vsl. 15.05.2020	1. Lesung Bundestag
-----------------	---------------------

01.04.2020	Kabinettsbeschluss
24.02.2020	Verbändeanhörung BMG
30.01./04.02.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Anpassung des Medizinproduktgerechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746

(Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz – MPEUAnpG)

- zustimmungspflichtig - besonders eilbedürftig

- Überwachung von Medizinprodukten künftig auf Bundesebene durch BfArM und PEI
- Errichtung und Betrieb zentrales Medizinprodukteinformations- und Datenbanksystem durch DIMDI
- Einführung neuer Aufsichtsmittel und Schiedsverfahren in der Hilfsmittelversorgung

26.05.2020	Inkrafttreten, außer der Regelungen, die die Verordnung (EU) 2017/745 betreffen – diese sollen in Anpassung zur Verschiebung des Inkrafttretens der Verordnung (EU) 2017/745 in einem Änderungsantrag um ein Jahr verschoben werden
27.03.2020	2. Durchgang Bundesrat
05.03.2020	2./3. Lesung Bundestag
04.03.2020	Abschluss im Gesundheitsausschuss
15.01.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
20.12.2019	1. Durchgang Bundesrat
19.12.2019	1. Lesung Bundestag
06.11.2019	Kabinettsbeschluss
25.09.2019	Verbändeanhörung BMG
29.08.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung

(Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz – GKV-IPReG)

- zustimmungsfrei -

- Zugang zu geriatrischer Rehabilitation nach vertragsärztlicher Verordnung ohne Überprüfung durch Krankenkassen
- Stärkung des Wahlrechts der Versicherten bei der Auswahl der Rehabilitationseinrichtung
- Entkoppelung der Vergütung in Rehabilitationseinrichtungen von der Grundlohnsumme
- Neuer Leistungsanspruch auf vollstationäre außerklinische Intensivpflege
- Ausweitung der qualitativen Anforderungen an die Leistungserbringer
- Vollständige Kostenübernahme der Krankenkassen für Intensivpflege in stationären Einrichtungen

12.02.2020	Kabinettsbeschluss
06.12.2019	Referentenentwurf: Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz – GKV-IPREG
11.09.2019	Verbändeanhörung BMG
13.08.2019	Referentenentwurf: Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz – RISG

Gesetz zur Reform der Notfallversorgung**- zustimmungsfrei -**

- Einrichtung Gemeinsamer Notfallleitsysteme (GNL) – verbindliche Zusammenarbeit der Träger der Rettungsleitstellen (Rufnummer 112) und der Kassenärztlichen Vereinigungen (Rufnummer 116117)
- Schaffung Integrierter Notfallzentren (INZ) in ausgewählten Krankenhäusern, fachliche Leitung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen
- Eigenständiger Leistungsbereich für den medizinischen Rettungsdienst im SGB V
- Sicherstellungsauftrag für die vertragsärztliche und notdienstliche Versorgung (je nach Landesrecht mit Ausnahme des Rettungsdienstes) liegt bei den Kassenärztlichen Vereinigungen

17.02.2020	Verbändeanhörung BMG
08.01.2020	Referentenentwurf (nun zustimmungsfrei)
12.07.2019	Diskussionsentwurf (zustimmungspflichtig)

**Verordnung über das Verfahren und die Anforderungen der Prüfung der Erstattungsfähigkeit digitaler Gesundheitsanwendungen in der gesetzlichen Krankenversicherung
(Digitale-Gesundheitsanwendungen-Verordnung – DiGAV)****- zustimmungsfrei -**

- Konkretisierung der Vorgaben des Digitale-Versorgung-Gesetzes per Rechtsverordnung
- Definition der an digitale Gesundheitsanwendungen zu stellenden Anforderungen insbesondere hinsichtlich Sicherheit, Qualität, Datenschutz und Datensicherheit
- Ausgestaltung der Vorgaben für Methoden und Verfahren zum Nachweis positiver Versorgungseffekte
- Einrichtung eines Verzeichnisses für digitale Gesundheitsanwendungen
- Einrichtung eines Prüfverfahrens, das die Einhaltung der Anforderungen an digitale Gesundheitsanwendungen dauerhaft gewährleistet

21.04.2020	Inkrafttreten
19.02.2020	Verbändeanhörung BMG
16.01.2020	Referentenentwurf

**Siebtes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
(7. SGB IV-ÄndG)****- zustimmungsfrei -**

- Verbesserung bestehender Verfahren in der Sozialversicherung, u. a. elektronischer Datenaustausch mit Sozialversicherungsträgern
- Modellprojekt zur Einführung der fakultativen Online-Stimmabgabe bei den Krankenkassen im Rahmen der Sozialwahlen 2023

01.07.2020	Inkrafttreten
12.03.2020	1. Lesung Bundestag
14.02.2020	1. Durchgang Bundesrat
18.12.2019	Kabinettsbeschluss
23.10.2019	Verbändeanhörung BMAS
25.09.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken**- zustimmungsfrei -**

- Einheitliche Apothekenabgabepreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel
- Erhöhung der Apothekenvergütung
- Zusätzliche pharmazeutische Dienstleistungen und Modellvorhaben Grippeimpfung

20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
17.07.2019	Kabinettsbeschluss
23.05.2019	Verbändeanhörung BMG
08.04.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung**(Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz – PsychThGAusbRefG)****- zustimmungspflichtig -**

- Schaffung eines einzigen Berufsbilds des Psychotherapeuten
- Einführung eines 5-jährigen Direktstudiums, das zur Approbation führt und zur Ausübung der Heilkunde berechtigt
- Gestuftes Bachelor- und Master-Studium
- 3-jährige Weiterbildung zur fachlichen Vertiefung und Spezialisierung
- Während der Weiterbildung vergütete Tätigkeit im Angestelltenverhältnis

01.09.2020	Inkrafttreten
08.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
26.09.2019	2./3. Lesung Bundestag
15.05.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
09.05.2019	1. Lesung Bundestag
12.04.2019	1. Durchgang Bundesrat
27.02.2019	Kabinettsbeschluss
04.02.2019	Verbändeanhörung BMG
03.01.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Weiterentwicklung des Berufsbildes der Ausbildung der pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und pharmazeutisch-technischen Assistenten**(PTA-Reformgesetz)****- zustimmungspflichtig -**

- Aktualisierung und Neustrukturierung der Ausbildungsinhalte
- Neuregelungen in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

01.01.2021	Inkrafttreten
20.12.2019	2. Durchgang Bundesrat
14.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
23.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
11.10.2019	1. Durchgang Bundesrat
28.08.2019	Kabinettsbeschluss

16.04.2019	Referentenentwurf
Gesetz über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten (ATA) und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten (OTA)	
- zustimmungspflichtig -	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundeseinheitlich geregelte Ausbildung der Anästhesie- und Operationstechnischen Assistentinnen und Assistenten ▪ Vernetzung von theoretischem und praktischem Unterricht mit der praktischen Ausbildung ▪ Einführung einer Ausbildungsvergütung 	
01.01.2022	Inkrafttreten
29.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
07.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
21.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
26.06.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf